



Landeshaus, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

An den
Vorsitzenden der AfD-Fraktion
Herrn Jörg Nobis, MdL
- im Hause -

24. August 2017

Sehr geehrter Herr Nobis,

Ihr Pressesprecher hat mich mit Blick auf eine vom Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein gemeinsam mit Amnesty International veranstaltete Podiumsdiskussion am 6. September 2017 um eine Stellungnahme zum Kreis der eingeladenen politischen Parteien gebeten.

Dieser Bitte kann ich aus rechtlichen Gründen nicht entsprechen. Der Beauftragte untersteht zwar gemäß § 6 Absatz 1 Satz 2 des Gesetzes über die Beauftragte oder den Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen (FlüBeauftrG) meiner Dienstaufsicht. Diese erstreckt sich aufgrund seiner unabhängigen Stellung jedoch nur auf den Bereich der Personalaufsicht, die darauf gerichtet ist, dass der Beauftragte seinen Pflichten im Innenverhältnis ordnungsgemäß nachkommt, insbesondere die ihm obliegenden Vorgesetztenpflichten erfüllt. § 6 Absatz 1 Satz 1 FlüBeauftrG bestimmt, dass der Beauftragte in der Ausübung seines Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen ist. Vor diesem Hintergrund verbietet sich eine inhaltliche Bewertung der Aufgabenwahrnehmung des Beauftragten, die letztlich eine Beeinträchtigung der Unabhängigkeit darstellen würde.

Generell sei darauf hingewiesen, dass der Beauftragte im Rahmen seines Tätigwerdens an geltendes Recht gebunden ist, was auch in § 6 Absatz 1 Satz 1 FlüBeauftrG zum Ausdruck kommt. Tritt der Beauftragte als (Mit-)Veranstalter einer Podiumsdiskussion zur Bundestagswahl 2017 auf, hat er daher als Teil der öffentlichen Gewalt dem Prinzip der abgestuften Chancengleichheit politischer Parteien Rechnung zu tragen. Dieses sieht eine Berücksichtigung politi-

scher Parteien entsprechend ihrer Bedeutung vor. Hierbei sind nach der Rechtsprechung insbesondere das letzte Wahlergebnis und die Erfolgsaussichten bei bevorstehenden Wahlen in den Blick zu nehmen. Dies gilt umso mehr, je enger - in zeitlicher oder inhaltlicher Sicht - ein Bezug zu einer bevorstehenden Wahl gegeben ist.

Eine Abschrift dieses Schreibens habe ich dem Beauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein sowie den im Schleswig-Holsteinischen Landtag vertretenen Fraktionen und dem Vorsitzenden der Gruppe der Abgeordneten des SSW übersandt.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Klaus Schlie

Für die Richtigkeit:

 *Kerstin Jochims (LPP)*